

EU-Fiskalvertrag stoppen! Sozialstaat und Demokratie verteidigen!

Auf dem Gipfel am 30. Januar 2012 beschlossen 25 EU-Regierungen den Fiskalvertrag, der 2013 in Kraft treten soll. Er trägt die Handschrift der Bundesregierung, die damit die Agenda 2010 europaweit exportiert: Der Vertrag verpflichtet die Staaten zur Einführung von Schuldenbremsen und zu massivem Schuldenabbau, was mit unsozialen und wirtschaftlich schädlichen Kürzungsprogrammen einhergeht. Wer nicht spart und privatisiert, wird künftig automatisch bestraft. Darüber wachen EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof. So wird das Haushaltsrecht der Parlamente drastisch beschnitten. Der Vertrag bedroht Sozialstaat und Demokratie in ganz Europa.

Investieren statt Kaputtsparen

Der Vertrag führt Europa ins sichere Elend. Allein die Euro-Staaten müssen in fünf Jahren 1,5 Billionen Euro kürzen. Doch schon Griechenland hat gezeigt, dass Sozialkahlschläge und Privatisierungen die Krise zur Katastrophe verschlimmern und die Staatsschulden noch weiter in die Höhe treiben. Um Europa aus der Krise zu führen, muss die Konjunktur durch öffentliche Investitionen angekurbelt und das Lohn-, Steuer- und Sozialdumping in Eurozone und EU beendet werden. Darum muss der Fiskalvertrag gestoppt werden.

Finanzmärkte an die Kette, Banken und Spekulanten zur Kasse

Die Entfesselung der Finanzmärkte hat die Eurokrise maßgeblich mit verursacht und die Bankenrettung hat die Staatsschulden explodieren lassen. Anstatt erneut die Bevölkerungen die Zeche zahlen zu lassen, müssen die Verursacher und Profiteure der Krise herangezogen werden: Staatshaushalte müssen nicht durch Sparorgien, sondern durch höhere Einnahmen saniert werden. DIE LINKE fordert darum die höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und Finanztransaktionen sowie eine Vermögensabgabe für Millionäre. Mit der Gründung einer öffentlichen europäischen Bank, die Staaten günstige Kredite gibt, können diese aus dem Würgegriff der Finanzmärkte befreit werden. Darüber hinaus sind private Großbanken zu vergesellschaften und die gesamte Finanzbranche strengstens zu regulieren.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

EU-Fiskalvertrag stoppen! Sozialstaat und Demokratie verteidigen!

Auf dem Gipfel am 30. Januar 2012 beschlossen 25 EU-Regierungen den Fiskalvertrag, der 2013 in Kraft treten soll. Er trägt die Handschrift der Bundesregierung, die damit die Agenda 2010 europaweit exportiert: Der Vertrag verpflichtet die Staaten zur Einführung von Schuldenbremsen und zu massivem Schuldenabbau, was mit unsozialen und wirtschaftlich schädlichen Kürzungsprogrammen einhergeht. Wer nicht spart und privatisiert, wird künftig automatisch bestraft. Darüber wachen EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof. So wird das Haushaltsrecht der Parlamente drastisch beschnitten. Der Vertrag bedroht Sozialstaat und Demokratie in ganz Europa.

Investieren statt Kaputtsparen

Der Vertrag führt Europa ins sichere Elend. Allein die Euro-Staaten müssen in fünf Jahren 1,5 Billionen Euro kürzen. Doch schon Griechenland hat gezeigt, dass Sozialkahlschläge und Privatisierungen die Krise zur Katastrophe verschlimmern und die Staatsschulden noch weiter in die Höhe treiben. Um Europa aus der Krise zu führen, muss die Konjunktur durch öffentliche Investitionen angekurbelt und das Lohn-, Steuer- und Sozialdumping in Eurozone und EU beendet werden. Darum muss der Fiskalvertrag gestoppt werden.

Finanzmärkte an die Kette, Banken und Spekulanten zur Kasse

Die Entfesselung der Finanzmärkte hat die Eurokrise maßgeblich mit verursacht und die Bankenrettung hat die Staatsschulden explodieren lassen. Anstatt erneut die Bevölkerungen die Zeche zahlen zu lassen, müssen die Verursacher und Profiteure der Krise herangezogen werden: Staatshaushalte müssen nicht durch Sparorgien, sondern durch höhere Einnahmen saniert werden. DIE LINKE fordert darum die höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und Finanztransaktionen sowie eine Vermögensabgabe für Millionäre. Mit der Gründung einer öffentlichen europäischen Bank, die Staaten günstige Kredite gibt, können diese aus dem Würgegriff der Finanzmärkte befreit werden. Darüber hinaus sind private Großbanken zu vergesellschaften und die gesamte Finanzbranche strengstens zu regulieren.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G